

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 3

Artikel: Die Ausweitung des Wirtschaftsapparates als theoretisches Problem
Autor: Marbach, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-331063>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Ausweitung des Wirtschaftsapparates als theoretisches Problem.

Von Prof. Dr. Fritz Marbach, Bern.

Antrittsvorlesung, Universität Bern, Juni 1931.

I.

Dieser Vortrag stellt den Versuch dar, in kürzester Form zu zeigen, durch welche Maßnahmen und mit welchen Mitteln es möglich wird, den Wirtschaftsapparat so auszuweiten, daß das gesellschaftlich verfügbare Produkt (werde es später privat oder sozial verteilt) wächst. Um die Problematik herauszuschälen, ist es wichtig, einige Darlegungen zu machen, die vorläufig scheinbar zusammenhanglos erscheinen mögen, sich aber später zu gedanklicher Einheit verknüpfen.

Wenn wir von «Ausweitung» des Wirtschaftsapparates sprechen, so bedingt das logischerweise, daß wir — wenigstens theoretisch — eine Wirtschaft voraussetzen, die sich nicht ausweitet.

Tatsächlich können wir uns eine Wirtschaft vorstellen, und zwar eine kommunistische oder eine Verkehrswirtschaft, die sich in geschlossenem Kreislauf bewegt, in der Produktion und Konsumtion einander glattstellen, in der das Notwendige stets produziert und das Produzierte stets verbraucht wird. Eine solche Wirtschaft, die von der Theorie zur theoretischen Abstraktion und als Beziehungsgrundlage zu andern Theorien gebraucht wird, nennt man eine *statische Wirtschaft*.

1. Als Grundlage, sozusagen als Parterre unseres Gedankengebäudes, unterstellen wir eine solche statische Wirtschaft, das heißt also eine Wirtschaft, die sich immer voll reproduziert, die auf freier Konkurrenz beruht, aber in der das Produktionsmittelmonopol, die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsweise, nicht existiert.

In einer solchen Wirtschaft kann kein Kapital im Sinne der modernen kapitalistischen Wirtschaft entstehen, das heißt, es entsteht hier weder Mehrwert noch Profit. Die Produktionsmittel müssen sich natürlich reproduzieren, allein es erhält jeder Wirtschaftende nur so viel, als er an *ursprünglichen Produktionsfaktoren*, an Arbeitskraft und Bodenleistung in die Produktion geworfen hat. Ein Ueberschuß über die Kosten im kapitalistischen Sinn entsteht hier deshalb nicht, weil niemand für andere Mehrwert erzeugt, solange ihm die nötigen Produktionsmittel selber zugänglich sind. Wir haben es in der unterstellten statischen Wirtschaft somit mit einer im weitesten Sinne monopollosen (von der Grundrente ist hier abgesehen) und daher gewinnlosen Wirtschaft zu tun, die wir nicht nur auf Grund der objektiven Wertlehre, sondern auch auf Grund der (subjektivistischen) Grenznutzenlehre als Ausgangspunkt unserer Deduk-

tion wählen können, wie das zum Beispiel *Schumpeter* tut. Auf Grund der Grenznutzenlehre deshalb, weil der Preis in diesem Fall als Index der Güterbedeutung hinsichtlich der Bedürfnisbefriedigung erscheint, somit nach unsern Voraussetzungen (der Aequivalenz der Nachfrage einerseits und der Marktverfügbarkeit anderseits) angesichts der freien Konkurrenz immer gerade den Grenzfall eines gewinnlosen — auf Natur- und Bodenleistung reduzierten — Tausches betreffen müßte. Wohl könnte es in einer solchen Wirtschaft einen Gewinn *gegenüber früher* geben, dadurch zum Beispiel, daß intensiver gearbeitet wird. Aber das wäre dann schon eine Ausweitung, und die Gewinne der Wirtschaftenden wären nur solche, für die äquivalente Arbeits- und Bodenleistungen in den Wirtschaftsprozeß eingeschossen wurden. Das heißt wiederum, daß es gar keine Gewinne wären, sondern Leistungsentgelte. Die statische Aequivalenz wäre im Grunde gar nicht angetastet.

Einen Zustand, wie er hier kurz erläutert und vorausgesetzt wird, nenne ich, solange sich die Wirtschaft nicht weitert, den Zustand der *Statik I. Grades*.

2. Neben oder besser gesagt *über* einer solchen *statischen* oder *geschlossenen* oder *Kreislaufwirtschaft* ist grundsätzlich noch ein anderer statischer Zustand möglich. Ich möchte ihn als den Zustand der *Statik II. Grades* bezeichnen. Diese neue Statik basiert auf dem Produktionsmittelmonopol einer Klasse. Es handelt sich hier also um einen gedachten statischen Zustand *innerhalb* des kapitalistischen Systems. Wie ist das zu verstehen? Zur Erklärung müssen wir uns kurz überlegen, wie die kapitalistische Wirtschaft tauscht und wie Gewinne entstehen.

Einmal stehen sich bei jedem Tauschakt in irgendeinem Wirtschaftssystem Gebrauchswert und Nichtgebrauchswert gegenüber, in dem Sinne etwa, daß, wer zwei Sägen hat, aber kein Beil, eine Säge gegen ein Beil eintauscht. Auf die primitive Formel zurückgeführt, heißt das, daß irgendwo irgend jemand ein Beil feil hat, daß ihm dagegen eine Säge fehlt. Die beiden Tauschpartner, ob sie einander kennen oder nicht, tauschen den Gebrauchswert des einen gegen den Nichtgebrauchswert des andern, und umgekehrt. Der Gebrauchswert bildet somit offenbar das eigentliche Tauschmotiv. Allein der Gebrauchswert, dessen Bestimmungsgründe, wie die Grenznutzentheoretiker richtig bemerkt haben, auch psychologische sind, erklärt nur, *warum* getauscht wird, nicht aber, *wie viel* Mengeneinheiten des einen Gutes gegen ein anderes Gut normalerweise getauscht werden. Es ist denkbar, daß der Grenznutzen eines brauchbaren Automobils unter ganz absonderlichen Umständen so tief fällt, daß eine Büchse Konserven ein Auto kauft. Aber warum das nicht gewöhnlich so ist, darüber gibt eine einseitige Lehre vom Gebrauchswert keine Auskunft. Hier muß man die Marxsche Arbeitswerttheorie zur Erklärung herbeiziehen, die uns sagt, daß die Tauschmengen

abhängen von den Tauschwerten, das heißt von der allgemein menschlichen, durchschnittlichen und gesellschaftlich notwendigen Arbeit, die in den Tauschgütern enthalten ist. Alle Waren, meint die marxistische Wirtschaftslehre, werden so nach ihren Werten getauscht. Auch die *Arbeitskraft*. Ihr Wert ist gegeben durch die Arbeit, die notwendig ist, die Arbeitskraft *sozial* (das heißt inklusive Familie, da sonst die Arbeiterklasse sich nicht wiederherstellen könnte) zu reproduzieren. Der Wert der menschlichen Arbeitskraft wird also dargestellt durch den Wert derjenigen lebensnotwendigen Güter im weitesten Sinne des Wortes, die das jeweils gesellschaftlich gegebene Existenzminimum garantieren. Der Kapitalbesitzer beziehungsweise der Unternehmer kauft die Arbeitskraft zu ihrem Wert. Aber er kauft sie nicht wegen ihres Wertes, sondern wegen ihres *Gebrauchswertes*. Wenn nun ein Arbeiter zum Beispiel 8 Stunden nach Brauch oder Gesetz zu arbeiten hat, so produziert er während 8 Stunden Werte, obwohl vielleicht 6 Stunden genügen würden, um so viel zu produzieren, daß damit sowohl die Substanzmittel des Arbeiters (mit Familie) als auch die in jedem Wirtschaftssystem notwendige Rücklagequote zwecks Erneuerung der Wirtschaftsapparatur gesichert erscheinen könnten. In den restlichen 2 Stunden schafft der Arbeiter Mehrwert beziehungsweise Profit. Hier handelt es sich um die kapitalistische Verkehrswirtschaft, in der Gewinne entstehen, und zwar vorerst Gewinne auf Grund des Monopols der Monopole, des Produktionsmittelmonopols. Nur deshalb verkauft der Arbeiter seine Arbeitskraft zum Tauschwert, weil er selber sie nicht mit Produktionsmitteln kombinieren kann, da er keine besitzt. Auf Kosten des Arbeiters müssen also unter den gemachten Voraussetzungen *Gewinne* entstehen.

Aber selbst eine solche kapitalistische Verkehrswirtschaft können wir uns ohne große Mühe *statisch* vorstellen, so daß alles, Arbeitskraft, fixes und zirkulierendes Kapital und Gewinn, immerfort in gleicher Größenordnung reproduziert wird. Ein solcher, auf Grund des Produktionsmittelmonopols existierender Zustand, in dem Arbeiter, Produktionsmittel und kapitalistischer Gewinn in gleicher Größenordnung kreislaufmäßig und in einem fort reproduziert werden, nenne ich den *Zustand der Statik II. Grades*. Tatsächlich geht die Methode der Marxschen Kapitalanalyse von dieser Statik aus. Wenn man die Statik I. Grades als das Erdgeschoß einer theoretischen Konstruktion bezeichnen will, so ist die kapitalistische Statik, also die Statik unter Voraussetzung eines Monopols (Produktionsmittelmonopol) der Konstruktion 1. Stock. Ueber dieser kapitalistisch-statischen Wirtschaft des 1. Stockes könnten wir uns eine Wirtschaft im 2. Stock vorstellen, die über dem Produktionsmittelmonopol, das einen durchschnittlichen kapitalistischen Gewinn ermöglicht, noch besondere Monopolorganisationen aufgebaut hat, wie zum Beispiel

Kartelle und Trusts. Nichts würde uns hindern, auch eine solche Wirtschaft uns «statisch» vorzustellen. Es wäre der Zustand der Statik III. Grades.

II.

Damit sind die theoretischen Grundlagen für die Problemstellung gegeben. Die Frage ist gestellt: *Wie weitert sich eine statische Wirtschaft in eine dynamische, wachsende Wirtschaft aus?* Offenbar dadurch, daß *mehr produziert* wird. Was heißt das, abgesehen von der Zunahme der Arbeits- oder Bodenleistungsintensität? Produzieren heißt Produktionsfaktoren kombinieren. Mehr produzieren heißt Produktionsfaktoren anders kombinieren. Wenn mehr produziert werden soll, *müssen zum Beispiel eine Zeitlang Produktionsmittel geschaffen werden, statt Konsumgüter. Irgendwo muß bisheriger Verwendung etwas entzogen werden.* Wenn wir wissen, wie das geschieht, dann ist das in Rede stehende Problem gelöst.

Die Theorie gibt über die Art und Weise der Ausweitungsmethode keine einheitliche Antwort, obwohl die Praxis klare Wege weist. Wenn man darüber nachdenkt, warum in dieser Frage eine theoretische Uebereinstimmung nicht besteht, kommt man zum Schluß, daß die Antwort wesentlich davon abhängt, von welcher statischen Wirtschaft, der Statik I. oder II. Grades, die Theorie ausgeht. In beiden Fällen erkennt sie, daß zwecks Ausweitung der Produktion eine andere Kombination der Produktionsfaktoren eintritt, *daß zum Beispiel ein Verzicht auf bisherige Konsummittel zugunsten der Herstellung von mehr Produktionsmitteln nötig wird.*

Aber: Während diejenige, die sich in klassischen oder marxistischen Gedankengängen bewegen, in erster Linie an die Rücklage- beziehungsweise Akkumulationsmöglichkeit der Profitwirtschaft denken, an das «kapitalistische Sparen», um hieraus die Rapidität der Entwicklung zu verstehen, messen diejenigen, die von der gewinnlosen Statik I. Grades ausgehen, der Kapitalrücklage und damit dem sogenannten echten Kredit nicht entscheidende Bedeutung zu. Ihr Ausgangspunkt von der gewinnlosen Kreislaufwirtschaft läßt sie die Rolle der Gewinne und Rücklagen unterschätzen. Hingegen sind beide Auffassungen darin einig, daß ein *Unternehmer* da sein muß, der die nötigen Mittel zur Ausweitung des Wirtschaftsapparates zur Verfügung erhält, der Risiken übernimmt, der Ideen zu neuer Kombination und Führerqualitäten hat. Beide Auffassungen sind auch darüber einig, daß der Unternehmer die Mittel (abgesehen von der Selbstfinanzierung) in Form des *Kredites* erhält.

Für denjenigen nun, der vom Zustand der Statik II. oder III. Grades ausgeht und daher in erster Linie die Kapitalgewinne sieht, erscheint der Kredit, der die Wirtschaft so rasch ausweitet, als *Gewinnrücklage* beziehungsweise als Akkumulation kapita-

listisch erworbener Kaufkraft¹. *Die Bank erscheint ihm als Vermittlerin dieser Kaufkraft, als Händlerin mit Kredit.*

Anders denkt derjenige, der von der Statik I. Grades aus deduziert, von jenem gedachten Wirtschaftszustand aus, in dem Gewinne nicht entstehen können. Dieser Theoretiker sieht die rapide Entwicklung auch, er führt sie auch auf eine «Kreditexpansion» zurück, aber er hält eine *entsprechende* Kreditentstehung aus Rücklagen (echte Rücklagen beziehungsweise Ersparnisse) nicht für möglich. Ihm erklärt sich die Rapidität der kapitalistischen Entwicklung erst aus der *Kreditschöpfung*. Kaufkraft in Form von scheinbar aus dem Nichts geschaffenen Krediten tritt in die Ueberlegung dieses Theoretikers ein. *Ihm ist die Bank nicht Vermittlerin, sondern Produzentin von Kredit.* Erst dieser geschaffene Kredit erzeuge dadurch, daß er die Gewinne der Unternehmer ermöglicht, auch echte Gewinnrücklagen und damit neben dem produzierten auch vermittelten Kredit. Zwar, aus nichts kann nichts entstehen. Die Kreditschaffung ist aber auch nicht so zu verstehen, als ob Kaufkraft aus dem Nichts entstünde, obwohl zu bemerken ist, daß diese Auffassung (die falsche Auffassung von der Kreditschöpfungstheorie als einer Theorie, die etwas aus nichts entstehen läßt) bis in Fachkreise hinein geteilt wird. In der Kreditschöpfungstheorie tritt durch die Kreditbanken geschaffene künstliche Kaufkraft in Konkurrenz mit bestehender Kaufkraft und drückt deren Wert beziehungsweise erhöht vorübergehend die Preise. *Dadurch* kommt nach dieser Version die «Anderskombination» der Produktionsfaktoren zustande. Es wird auch nach dieser Theorie gespart, aber was in Erscheinung tritt, ist «erzwungenes Sparen» ohne jeden Besitztitel für den, der etwas hergibt. Es ist sozusagen vorübergehend inflationistisch erzwungenes Sparen für andere (falls die Kreditexpansion nur privatwirtschaftlich erwünscht ist) oder für die Interessen der künftigen Versorgungsmöglichkeit der Gesellschaft (falls die Kreditexpansion volkswirtschaftlich wünschenswert ist, das heißt zu keiner Fehlinvestition führt). *Reisch* hat einmal gesagt, er sage dem «Stehlen». Diese Auffassung ist nicht haltbar, solange die Kreditschöpfung nicht dauernd inflationistisch ist, das heißt solange Aussicht besteht, daß das Neuprodukt der durch Neukredit geschaffenen Anlage beziehungsweise die Ausdehnung des Gütervolumens das Preisniveau wieder auf die frühere Relation zurückführt. Falls überhaupt eine Preiserhöhung zustande kam, was eigentlich nur in einer Wirtschaft mit voll ausgenützter Kapazität sicher zu erwarten ist.

Welche der beiden Kredittheorien hat nun recht? Auf die moderne Wirtschaft bezogen, weder die eine noch die andere für

¹ Selbstverständlich fallen als Kreditgrundlage auch Rücklagen aus Arbeitseinkommen in Betracht. Auch in diesem Fall ist die Bank Vermittlerin von Kredit.

sich allein. Daß die Rücklagen, die sich namentlich im Ansteigen der Bankdepositen sowie bei Kapitalemissionen der Effektenbanken bemerkbar machen, vor allem wichtig sind, erscheint außer Frage. Die Rücklage ist immer noch die Grundlage des Kreditgebäudes, und sie zieht der Kreditschöpfung aus Liquiditätsgründen gewisse Grenzen. Daneben zeigt uns aber die Praxis, daß tatsächliche Kredite auch «geschaffen» werden, daß dies geschehen kann über die Eröffnung von Scheckkonten, durch Ausbau des Akzeptgeschäftes und der «legitimen» Finanzwechsel, durch Lombardierung von Wertpapieren usw. Dadurch, daß bei der modern entwickelten Banktechnik das Zahlungsgeschäft sich in starkem Umfang als reine Umbuchung innerhalb der Bankkonten darstellt, lassen sich Schwierigkeiten vermeiden, die sonst der Kreditschöpfung entgegenstehen könnten. Da die Kreditschöpfung der Kreditbanken an den Kassamitteln, die bei Abhebung der Kredite benötigt werden, eine Grenze findet, so ist verständlich, daß die Höhe des Kreditvolumens vom Umfange des bargeldlosen Zahlungsverkehrs beziehungsweise vom Umfang der buchmäßigen Zahlungserledigungen mit abhängt.

Es darf heute als erwiesen gelten, daß die Funktion des «geschaffenen Kredites» als *Spitzenkredit* besonders wichtig ist, namentlich in bezug auf die Gestaltung der Konjunktur. Die Kreditinflation, die zu so schweren Kapitalfehlleitungen und «Ueberrationalisierungen» geführt hat, ist kaum denkbar allein auf der Grundlage der echten Rücklage. Zu ihrer Erklärung muß der antizipatorische Kredit herbeigezogen werden. Uebrigens ergeben sich für die Kreditschöpfung in vernünftigen Ausmaß sowohl in Zeiten aufsteigender Wirtschaft wie in Zeiten der allgemeinen Vertrauenskrise auch *wertvolle* und entscheidende Möglichkeiten der Konjunkturbeeinflussung.

In bezug auf die Methode der Ausweitung der Wirtschaftsapparatur kommen wir somit zu einem *kombinativen* Schluß unter Betonung der vorherrschend *quantitativen* Bedeutung des echten Rücklagekredites und der vorherrschend *qualitativen* Bedeutung des Schöpfkredites. Wenn die Theoretiker etwas weniger im Zirkel statischer Theorien denken und dafür etwas mehr die praktischen Gegebenheiten betrachten würden, so müßten wohl alle auf diese kombinatorische Erklärung verfallen. Jede einseitige Kredittheorie, sowohl die einseitige Rücklage-theorie wie die einseitige «Schöpfungstheorie», ist als mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmend abzulehnen.

Die Theorie, daß beide Kreditarten für die Entwicklung der Wirtschaft wichtig sind, ist von weittragender Bedeutung. Wenn man sie anerkennt, so kommt man schon ihretwegen von dem unglücklichen Versuch, einen Krisenmonismus zu konstruieren, ab. Die Bedeutung des Geld- und Kreditwesens wird offensichtlich, das Zirkulationsproblem präsentiert sich zur besondern Beachtung. Solange die Theoretiker der Arbeiterschaft allzu dogma-

tisch nur die Ware als für die Wirtschaftsgestaltung ausschlaggebend erachten, können sie nicht erkennen, daß in der modernen Wirtschaft, die sich stark von der durch Marx untersuchten unterscheidet, das Geld- und Kreditwesen eine Emanzipation zur Eigengesetzlichkeit (neben seiner Warenverbundenheit) durchgemacht hat.

Die hier entwickelte Theorie steht nicht im Widerspruch zu den wichtigsten kreditpolitischen Konsequenzen der marxistischen Sozialökonomie. Im Gegenteil: Wenn nämlich die Vergesellschaftung der Kreditorganisation oder vorerst *eine bessere Kontrolle der Banken* gefordert wird, angesichts einer Theorie, die die Bank nur als mächtige *Vermittlerin* von Kredit ansieht — dann muß doch diesen Postulaten eine noch größere Bedeutung zukommen, wenn die Bank nicht nur als Vermittlerin, sondern auch als *Produzentin* von Kredit, das heißt von Kaufkraft erscheint! Und damit, insoweit die Kreditschöpfungstheorie im Kern zu Recht besteht, teilweise als Herrin über Expansion und Kontraktion der Wirtschaft, über Konjunkturen und das Schicksal von Millionen Menschen.

Das neue Alkoholgesetz.

Von Dr. Hans Oprecht, Zürich*).

In der Volksabstimmung vom April 1930 ist der revidierte Artikel 32bis der Bundesverfassung mit großer Mehrheit angenommen worden. Durch den neuen Verfassungsartikel sind die Grundlagen geschaffen worden für ein neues Alkoholregime in der Schweiz. Das bisherige Alkoholmonopol des Bundes wies eine große Lücke auf. Der Branntwein, hergestellt aus Obst, Most und seinen Abfällen, wurde durch das Monopol nicht erfaßt. Dem neugeschaffenen Alkoholmonopol wird die gesamte Branntweinproduktion in der Schweiz verfassungsrechtlich unterstellt. In bezug auf die sogenannten Branntweinspezialitäten sind dabei allerdings besondere Bestimmungen über die Art und Weise der steuerlichen Belastung getroffen worden. Im revidierten Artikel 32bis der Bundesverfassung wurden weitgehend Ausführungsvorschriften aufgenommen. Es wurde damit bezweckt, alle an der Alkoholgesetzgebung interessierten Kreise für das Revisions-

*) Seit dieser Bericht geschrieben wurde, hat der Nationalrat das neue Alkoholgesetz in seinem Plenum beraten. Er hat in der Hauptsache den Anträgen der Kommission zugestimmt. Einzig in bezug des Brennens von zugekauften Rohstoffen kam er bäuerlicher Auffassung weiter als die Kommission gehen wollte, entgegen. Der zum Beschluß erhobene Antrag Burri (Luzern) muß vom Ständerat wieder gestrichen werden, wenn nicht ein gefährliches Loch im eidgenössischen Alkoholmonopol sich auftun soll. Wir hoffen gerne, daß der Ständerat den Anträgen der Kommissionsminderheit zu den Bestimmungen betreffend die steuerliche Belastung der Spezialitäten größeres Verständnis entgegenbringen werde als der Nationalrat.